

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2589
der Abgeordneten Dr. Saskia Ludwig und Danny Eichelbaum
CDU-Fraktion
Drucksache 5/6571

Geheime Pharmatests an Bürgern in Brandenburg zu Zeiten der SED-Diktatur – Umgang der Landesregierung mit den Opfern

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 2589 vom 14. Dezember 2012:

Nach einem Bericht der ARD, wurden jahrelang Bürger in der SED-Diktatur als Versuchskaninchen für Medikamententests westlicher Pharmafirmen verkauft. Nun hat ein Fernsehbericht „Tests und Tote“ der ARD aufgedeckt, wie die Machenschaften zwischen den SED-Funktionären und Pharmafirmen aus dem Westen funktionierten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Brandenburger wurden zu Zeiten der SED-Diktatur für Medikamententests westlicher Pharmafirmen verkauft?
2. Wie viele Studiengruppen gab es an den Brandenburger Krankenhäusern zu Zeiten der SED-Diktatur, die von westlichen Pharmafirmen finanziert bzw. durch Zahlungen an SED-Politfunktionäre (DDR-Außenhandelsfirma) bereitgestellt wurden?
3. Wie viele Bürger aus Brandenburg sind in Krankenhäusern zu Zeiten der SED-Diktatur ums Leben gekommen, weil sie für Medikamententests westlicher Pharmafirmen benutzt wurden?
4. Wie viele Bürger aus Brandenburg sind an den Spätfolgen der Medikamententests westlicher Pharmafirmen, zu denen sie missbraucht wurden, nach 1990 gestorben?
5. Wie viele Bürger aus Brandenburg, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden, leiden heute noch an den Folgeschäden?
6. Wie viele medizinische Einrichtungen waren in Brandenburg an der Rekrutierung von Bürgern für die Medikamententests westlicher Pharmafirmen beteiligt?
7. Wie viele Mediziner (Ärzte) waren in Brandenburg an der Rekrutierung von Bürgern für die Medikamententests westlicher Pharmafirmen beteiligt?
8. Welche Medikamentengruppen, welcher westlicher Pharmafirmen wurden an Bürgern aus Brandenburg getestet?
9. Gab es von Seiten der Landesregierung Entschädigungen an die betroffenen Bürger bzw. ihre Angehörigen, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden?

Datum des Eingangs: 25.01.2013 / Ausgegeben: 30.01.2013

10. Welche Bedeutung hatte das Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg, als Testgebiete für neue Arzneimittel westlicher Pharmafirmen innerhalb des gesamten Staatsgebiets der SED-Diktatur?
11. Welche Aufklärungsarbeit hat die Landesregierung über die Pharmatest-Praktiken in den Brandenburger Kliniken zu Zeiten der SED-Diktatur bereits unternommen, um Opfer auf mögliche Entschädigungen hinzuweisen?
12. Wie viele betroffene Patienten und Angehörige, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden, leben heute noch in Brandenburg?
13. Gibt es an Brandenburger Hochschulen Historiker/Pharmahistoriker, die über das Thema „Medikamententests westlicher Pharmafirmen zu Zeiten der SED-Diktatur“ forschen/arbeiten?
14. Welchen finanziellen Umfang hatten die von westlicher Pharmafirmen finanzierten Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern insgesamt?
15. Wie sah die planmäßige Zusammenarbeit für Medikamententests von staatlichen Institutionen, Ärzten und westlichen Pharmakonzernen in Brandenburg konkret aus?
16. Wie viele Unterlagen des DDR-Gesundheitsministeriums sind erhalten, die über Arzneimitteltest an Brandenburger Bürgern Aufschluss geben können?
17. Wie hoch waren die Fallpauschalen für jeden erfolgreich durchgeführten Test an Brandenburger Bürgern, die von westlicher Pharmafirmen gezahlt wurden?
18. Wie viele Invalidenrenten werden in Brandenburg für Bürger gezahlt, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden?
19. Wie viele Akten des Bundesarchivs geben über Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern zu Zeiten der SED-Diktatur Auskunft?
20. Wie viele Akten aus Archiven der Brandenburger Krankenhäuser geben über Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern zu Zeiten der SED-Diktatur Auskunft?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen: Klinische Studien zu Arzneimitteln sind für die Entwicklung von neuen Medikamenten unerlässlich. Die Teilnahme an klinischen Prüfungen muss aber immer freiwillig sein. Dies setzt voraus, dass Patientinnen und Patienten über Vor- und Nachteile der Medikation gut informiert sind und jederzeit freiwillig ihre Teilnahme widerrufen können. Dass Pharmafirmen die an der klinischen Studie beteiligten Ärztinnen und Ärzte bzw. Krankenhäuser vergüten, ist übliche, weltweite Praxis. Wenn klinische Studien zu DDR-Zeiten allerdings ohne das Wissen von Patientinnen und Patienten durchgeführt wurden, so war dies auch nach DDR-Recht rechtswidrig. Das Thema verdient Aufmerksamkeit und Aufklärung mit Blick auf die Opfer und die notwendige Aufarbeitung von DDR-Geschichte. Das Thema ist kein Brandenburg spezifisches, es betrifft mutmaßlich alle neuen Bundesländer. Dem Bundesgesundheitsministerium kommt als „Nachlassverwalter“ des Gesundheitsministeriums der DDR bei der Aufklärung der Thematik eine besondere Rolle zu. Die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat sich daher an den Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gewandt und ihn gebeten, die ihm bekannten Fakten und Zahlen für Brandenburg zu übermitteln.

Frage 1: Wie viele Brandenburger wurden zu Zeiten der SED-Diktatur für Medikamententests westlicher Pharmafirmen verkauft?

Frage 2: Wie viele Studiengruppen gab es an den Brandenburger Krankenhäusern zu Zeiten der SED-Diktatur, die von westlichen Pharmafirmen finanziert bzw. durch Zahlungen an SED-Politfunktionäre (DDR-Außenhandelsfirma) bereitgestellt wurden?

Frage 3: Wie viele Bürger aus Brandenburg sind in Krankenhäusern zu Zeiten der SED-Diktatur ums Leben gekommen, weil sie für Medikamententests westlicher Pharmafirmen benutzt wurden?

Frage 4: Wie viele Bürger aus Brandenburg sind an den Spätfolgen der Medikamententests westlicher Pharmafirmen, zu denen sie missbraucht wurden, nach 1990 gestorben?

Frage 5: Wie viele Bürger aus Brandenburg, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden, leiden heute noch an den Folgeschäden?

Frage 6: Wie viele medizinische Einrichtungen waren in Brandenburg an der Rekrutierung von Bürgern für die Medikamententests westlicher Pharmafirmen beteiligt?

Frage 7: Wie viele Mediziner (Ärzte) waren in Brandenburg an der Rekrutierung von Bürgern für die Medikamententests westlicher Pharmafirmen beteiligt?

Frage 8: Welche Medikamentengruppen, welcher westlicher Pharmafirmen wurden an Bürgern aus Brandenburg getestet?

Zu den Fragen 1 bis 8: Der Landesregierung liegen keine Informationen zur Anzahl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, der medizinischen Einrichtungen, der beteiligten Ärztinnen und Ärzte bzw. der Medikamentengruppen vor.

Frage 9: Gab es von Seiten der Landesregierung Entschädigungen an die betroffenen Bürger bzw. ihre Angehörigen, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden?

Zu Frage 9: Das Land Brandenburg und die anderen neuen Bundesländer sind nicht Gesamtrechtsnachfolger der ehemaligen DDR, so dass eine pauschale Haftungsübernahme nicht in Betracht käme.

Frage 10: Welche Bedeutung hatte das Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg, als Testgebiete für neue Arzneimittel westlicher Pharmafirmen innerhalb des gesamten Staatsgebiets der SED-Diktatur?

Frage 15: Wie sah die planmäßige Zusammenarbeit für Medikamententests von staatlichen Institutionen, Ärzten und westlichen Pharmakonzernen in Brandenburg konkret aus?

Zu den Fragen 10 und 15: Die Koordinierung für reguläre klinische Prüfungen erfolgte in der DDR unter anderem durch das städtische Klinikum Berlin-Buch (siehe Ausführungen einer Broschüre des Institutes für Arzneimittelwesen der DDR -IfAr- von

Anfang der 80-er Jahre, S. 22). Außerdem gibt es Hinweise aus einer Dissertation von Herbert Büttner von 2009, S. 42 – 47, dass es in den 60-er Jahren eine „Anweisung über das Verfahren bei der Erprobung von Arzneimitteln aus Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 13.12.1961“ gab. Diese Anweisung liegt der Landesregierung nicht vor.

Frage 11: Welche Aufklärungsarbeit hat die Landesregierung über die Pharmatest-Praktiken in den Brandenburger Kliniken zu Zeiten der SED-Diktatur bereits unternommen, um Opfer auf mögliche Entschädigungen hinzuweisen?

Zu Frage 11: Der Landesregierung sind keine konkreten Opferfälle bekannt.

Frage 12: Wie viele betroffene Patienten und Angehörige, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden, leben heute noch in Brandenburg?

Zu Frage 12: Der Landesregierung liegen keine Informationen darüber vor, wie viele Betroffene und Angehörige heute noch in Brandenburg leben.

Frage 13: Gibt es an Brandenburger Hochschulen Historiker/Pharmahistoriker, die über das Thema „Medikamententests westlicher Pharmafirmen zu Zeiten der SED-Diktatur“ forschen/arbeiten?

Zu Frage 13: Der Landesregierung liegen keine Informationen darüber vor, ob an Brandenburger Hochschulen zum Thema „Medikamententests westlicher Pharmafirmen zu Zeiten der SED-Diktatur“ geforscht wird.

Frage 14: Welchen finanziellen Umfang hatten die von westlicher Pharmafirmen finanzierten Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern insgesamt?

Zu Frage 14: Hierüber liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Frage 16: Wie viele Unterlagen des DDR-Gesundheitsministeriums sind erhalten, die über Arzneimitteltest an Brandenburger Bürgern Aufschluss geben können?

Frage 19: Wie viele Akten des Bundesarchivs geben über Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern zu Zeiten der SED-Diktatur Auskunft?

Zu den Fragen 16 und 19: Der Landesregierung ist nicht bekannt, wie viele Unterlagen des DDR-Gesundheitsministeriums erhalten sind, die Aufschluss über Arzneimitteltests an Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg geben könnten. Da die Aktenbestände des aufgelösten DDR-Gesundheitsministeriums in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen, hat die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz den Bundesminister für Gesundheit mit Schreiben vom 4. Januar 2013 gebeten, die dort vorliegenden Informationen und Daten für Brandenburg zu übermitteln. Die Antwort bleibt abzuwarten.

Frage 17: Wie hoch waren die Fallpauschalen für jeden erfolgreich durchgeführten Test an Brandenburger Bürgern, die von westlicher Pharmafirmen gezahlt wurden?

Zu Frage 17: Hierüber liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Frage 18: Wie viele Invalidenrenten werden in Brandenburg für Bürger gezahlt, die für Medikamententests westlicher Pharmafirmen missbraucht wurden?

Zu Frage 18: Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Bei der Gewährung von Renten wegen Invalidität, Erwerbsminderung bzw. Berufsunfähigkeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung kommt es auf die Ursache der gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht an.

Frage 20: Wie viele Akten aus Archiven der Brandenburger Krankenhäuser geben über Arzneimitteltests an Brandenburger Bürgern zu Zeiten der SED-Diktatur Auskunft?

Zu Frage 20: Patientenakten sind grundsätzlich 30 Jahre aufzubewahren. Es ließen sich deshalb nur maximal knapp acht Jahre der DDR-Zeit in älteren Akten nachvollziehen. Ob etwaige geheime Tests in Akten dokumentiert wurden, entzieht sich jedoch der Kenntnis der Landesregierung, da sie aus rechtlichen Gründen keinen Zugang zu Patientenakten hat.